TE Vfgh Beschluss 1985/6/24 V38/84

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 24.06.1985

Index

L5 Kulturrecht

L5000 Pflichtschule allgemeinbildend

Norm

B-VG Art139 Abs1 / Individualantrag

Nö PflichtschulG §3 Abs1 Z2

Verordnung der Nö Landesregierung vom 24.01.84 über die Beistellung von Schulärzten an allgemeinbildenden öffentlichen Pflichtschulen. LGBl 5000/3-0

Leitsatz

Art139 Abs1 B-VG; Individualantrag auf Aufhebung der V der Nö. Landesregierung vom 24. Jänner 1984 über die Beistellung von Schulärzten an allgemeinbildenden öffentlichen Pflichtschulen; mangelnde Antragslegitimation der Gemeinde, die nicht selbst gesetzlicher Schulerhalter ist

Spruch

Der Antrag wird zurückgewiesen.

Begründung

Begründung:

I. Die antragstellende nö. Gemeinde erachtet sich durch die V der Nö. Landesregierung vom 24. Jänner 1984 über die Beistellung von Schulärzten zu allgemeinbildenden öffentlichen Pflichtschulen, LGBl. 5000/3-0 (im folgenden: Nö. Schularzt-VO) im Recht auf Selbstverwaltung (Art116 B-VG) und im Recht auf ein Verfahren vor dem gesetzlichen Richter verletzt und verlangt die Aufhebung der gesamten V, hilfsweise die Aufhebung des §2 Z1, 3 und 4 sowie der §§4 und 5 Abs1. Die Nö. Landesregierung begehrt in ihrer Stellungnahme die Zurückweisung bzw. Abweisung des Antrages.

II. Der VfGH hat erwogen:

1. Nach ständiger Rechtsprechung hat der Antragsteller gemäß Art139 Abs1 B-VG und§57 Abs1 VfGG darzulegen, inwieweit die angefochtene V in seine Rechtssphäre eingreift. Anfechtungsberechtigt ist von vornherein nur ein Rechtsträger, an oder gegen den sich die anzufechtende Norm wendet, der ihr gegenüber Normadressat ist (VfSlg. 8009/1977, 8292/1978, 9221/1981). Bei der Beurteilung der unmittelbaren Betroffenheit kommt es ausschließlich auf die Behauptungen des Antragstellers darüber an, in welcher Hinsicht die angefochtene V seine Rechtssphäre berührt und allenfalls verletzt (VfSlg. 8060/1977, 9185/1981); es braucht nicht untersucht zu werden, ob die V sonstige unmittelbare Wirkungen für den Antragsteller hat (VfSlg. 8404/1978).

2. Nach §1 der Nö. Schularzt-VO ist Normadressat der gesetzliche Schulerhalter. Dieser hat einen Schularzt zu bestellen und entsprechend den Bestimmungen der §§4 und 5 leg. cit an ihn ein Honorar auszubezahlen. Diese Ausgaben

gehören nach §44 Abs3 Z12 Nö. Pflichtschulgesetz, LGBl. 5000-5, zum Schulaufwand, der gemäß Abs1 leg. cit. die Kosten der Schulerhaltung ausmacht. Für diese hat nach §3 Abs2 leg. cit. der gesetzliche Schulerhalter aufzukommen. Gesetzlicher Schulerhalter ist nach dem Abs1 des erwähnten §3 aber das Land, die Schulgemeinde oder die Sitzgemeinde. Schulgemeinde ist nach §2 Abs9 iVm. §41 leg. cit. ein durch V der Landesregierung zu bildender Gemeindeverband. Wurde nun nach den näheren Bestimmungen des §41 leg. cit. eine Schulgemeinde gebildet, so ist diese gesetzlicher Schulerhalter. In jenen Fällen, in denen aber keine Schulgemeinde gebildet wurde oder der Schulsprengel nicht über das Gebiet einer Gemeinde hinausreicht und nicht nach §3 Abs1 Z1 das Land zuständig ist, ist die Sitzgemeinde gesetzlicher Schulerhalter.

Für die Kostentragung gilt nun folgendes: Ist die Gemeinde Sitzgemeinde und reicht der Schulsprengel nicht über ihr Gemeindegebiet hinaus, so hat sie nach §14 iVm. §44 die Schulerhaltung im eigenen Wirkungsbereich zu bestreiten. Reicht der Schulsprengel aber über das Gemeindegebiet hinaus, so haben - gleichgültig, ob eine Schulgemeinde gebildet wurde oder nicht - die beteiligten Gemeinden nach den Bestimmungen der §§46 ff. leg. cit. zu den Schulerhaltungskosten anteilmäßig beizutragen. Dies kann durch Übereinkommen nach §47 im eigenen Wirkungsbereich geschehen, oder durch Vorschreibung des Bürgermeisters der Sitzgemeinde bzw., für den Fall, daß eine Schulgemeinde gebildet wurde, durch den Obmann der Schulgemeinde im übertragenen Wirkungsbereich (§48 iVm. §14 leg. cit.).

Aus der Darlegung der Rechtslage ist ersichtlich, daß die Gemeinde in ganz unterschiedlichem Ausmaß von der V betroffen sein kann. Normadressat der V ist der gesetzliche Schulerhalter. Daher kann die Gemeinde nur dann in ihrer Rechtsposition durch die V unmittelbar betroffen sein, wenn sie selbst gesetzlicher Schulerhalter ist. In allen anderen Fällen ist die V aber mediatisiert durch das Verfahren zur Umlegung der Schulerhaltungskosten. Nach der V der Nö. Landesregierung über die Schulsprengel der Volksschulen und die Volksschulgemeinden in NÖ, LGBl. 5000/20, ist für den Bereich der antragstellenden Gemeinde eine Schulgemeinde errichtet. Das bedeutet, daß nach §3 Abs1 Z2 Nö. Pflichtschulgesetz diese gesetzlicher Schulerhalter ist. Somit wird durch die angefochtene V nicht in die Rechtssphäre der antragstellenden Gemeinde, die nicht Normadressat der V ist, eingegriffen. Der Antrag war daher zurückzuweisen.

Schlagworte

VfGH / Individualantrag, Schulen, Pflichtschulen

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VFGH:1985:V38.1984

Dokumentnummer

JFT_10149376_84V00038_00

Quelle: Verfassungsgerichtshof VfGH, <http://www.vfgh.gv.at>

© 2025 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

www.jusline.at